

# Operation Blackout\*

geschrieben von Klaus-eckart Puls | 22. November 2021

*Beat Gygi* (Red. WELTWOCHE)\*

**Die Klimakonferenz in Glasgow hat die fixe Idee gestärkt, der Ausstieg aus der fossilen Energie sei unumgänglich.**

**Die gewaltigen Kosten zeichnen sich bereits ab.**

An der **Klimakonferenz in Glasgow** haben die fast 200 Delegationen zwar wenig beschlossen, aber das durch die Uno organisierte Kartell der Regierungen konnte doch in weiten Kreisen, etwa im Finanzsektor, die Auffassung stärken, dass die Staatsgewalt unter dem Motto «Klima» und «Pariser Ziele» fast **beliebig in Wirtschaft und Gesellschaft eingreifen** könne.

40 000 Mitgereiste dienten zur Bekräftigung der Botschaft. Die Folgen zeigen sich schon im Kleinen. Vorige Woche teilte die Stadt Wetzikon mit, sie erhöhe die Gastarife für die Bezüger auf Anfang 2022 um 66 Prozent. Nötig sei das geworden, nachdem sich in den vergangenen Monaten die Erdgaspreise auf dem Grosshandelsmarkt verdreifacht hätten. Hinzu komme die vom Bund beschlossene Erhöhung der CO<sub>2</sub>-Abgabe im Zuge der Energiestrategie 2050. Für ein Einfamilienhaus werde sich der Gasbezug wohl um etwa achtzig Franken pro Monat verteuern.

So spielt halt der Markt, kann man sagen. Die Preise für Erdöl, Erdgas und Kohle, damit verbunden für Strom, ergeben sich aus Angebot und Nachfrage. Die jüngsten Notierungen erinnern an frühere Hochpreisphasen, wenn auch nicht gerade an das Maximum von 2008, als der Ölpreis 140 Dollar pro Fass erreichte (heute gut 80 Dollar). Jetzt ruft die Konjunkturerholung nach der Corona-Krise auf der ganzen Welt nach mehr Energie. Hinzu kommt das kalte Jahr, das die Nachfrage verschärft; viele erwarten einen harten Winter.

Die Kostenwelle rollt an. Was die Weltbank in ihrem jüngsten Rohstoffausblick von Ende Oktober zeigt, ist eine Art Explosions-Skizze: **Um die 80 Prozent sind die Rohstoff- und Energiepreise dieses Jahr im Durchschnitt gestiegen.** Das dürfte laut Chefökonom Ayhan Kose bis weit ins Jahr 2022 hinein einen Inflationsdruck erzeugen und auf das Wachstum der rohstoffimportierenden Länder drücken – etwa der Schweiz. Der **Erdgaspreis hat sich in Europa 2021 fast verfünffacht, Erdöl verteuerte sich um etwa 70 Prozent, Metalle um fast 50 Prozent.** Und wer mit Bauen zu tun hat, erhält fast wöchentlich die neuen Preislisten für Baustoffe, die heute je nachdem 20 bis 60 Prozent mehr kosten als zu Jahresbeginn. Ist das also das altbekannte Spiel der Märkte? Diesmal einfach mit mehr Schwankungen und Reibungen, weil die Corona-Störungen Lieferketten

zerrissen, Produktionsanlagen blockiert und Transporte erschwert haben?

## **Hoffnung als letztes Prinzip**

Nein, diesmal ist es anders. In den Preissteigerungen steckt bereits die Klimapolitik à la Pariser Abkommen: der Klimaaktivismus von Politikern und Interessengruppen, die Klimastrategien von Unternehmen, die Klimaregulierung der Bürokraten. Die Wetziker Gaspreiserhöhung ist auch eine Folge der steigenden CO<sub>2</sub>-Abgaben des Bundes.

Und an vielen Stellen treiben Massnahmen zur Treibhausgasreduktion die Kosten in die Höhe. Öl- und Gasheizungen werden mehr und mehr verboten, müssen herausgerissen und durch teurere Anlagen ersetzt werden, die nebenbei auch Streit unter Nachbarn provozieren, weil Wärmepumpen laut sind. **Steigende Benzin- und Dieselpreise fressen immer mehr vom Haushaltsbudget weg**, die schrittweise gesenkten EU-Normen für den CO<sub>2</sub>-Ausstoss von Autos machen Fahrzeuge mit Verbrennungsmotoren vorzeitig zu Schrott, und rot-grüne Behinderungen des Strassenverkehrs machen wertvolle Zeit und gut Laune zunichte.

Es bleibt aber nicht bei nadelstichartigen Kostensteigerungen. Nein, **Klimastrategien**, die aufs Verringern der Treibhausgasemissionen auf netto null 2050 oder irgendwann abzielen, **sind eine grundsätzliche Bedrohung für Wachstum und Versorgungssicherheit**.

Warum? Chris Iggo, Anlagestratege bei der Axa-Versicherungsgruppe, formuliert es diplomatisch – das muss er als Vertreter eines Konzerns auch –, wenn er die Energiepreissteigerungen mit der Energiewende und dem Übergang zu einer kohlenstoffarmen Wirtschaft in Zusammenhang bringt: Erneuerbare Energien, so seine Analyse, seien noch nicht in ausreichender Menge vorhanden, um die vorherrschende Energiequelle zu sein. Wenn die erneuerbaren Energien bereits in der Lage wären, die zusätzliche Nachfrage zu decken, würden die Preise nicht steigen. Anders gesagt: Die neuen erneuerbaren Energien sind noch viel zu schwach, um der Nachfrage der Wirtschaft zu genügen.

Können denn nicht die traditionellen Energien einfach die Lücke füllen, sodass sich das Angebot der Nachfrage anpasst? Nein, diesmal ist es eben anders. Der explosive Satz bei Iggo lautet: **«Auf der Angebotsseite beginnen Investoren, Kapital aus Öl- und Gasunternehmen abzuziehen, um Technologien in erneuerbaren Energien zu finanzieren.»** Das heisst: Aus dem fossilen Sektor wird Kapital abgezogen, auch wenn die Welt nach Energie hungert. In die sogenannt schmutzige Industrie wird nicht mehr viel investiert, das Kapital fliesst vielmehr in sogenannt saubere Wind- und Solarenergie.

**Fritz Vahrenholt**, promovierter Chemiker, Honorarprofessor an der Universität Hamburg und zusammen mit dem Wissenschaftler Sebastian Lüning Autor des Buches «Unerwünschte Wahrheiten» (2020), sagt es so: «Wir haben mittlerweile eine Situation, in der kaum noch neue fossile

Vorkommen erschlossen werden.» Die Finanzbranche rühme sich vor allem gegenüber der EU-Kommission ja immer wieder damit, dass Öl-, Kohle- und Gasexplorationen nicht mehr gefördert und nicht mehr finanziert würden.

Tatsächlich hat Brüssel nach dem Beschluss, dass die EU bis 2050 klimaneutral werden soll, für die Finanzwirtschaft einen riesigen Katalog (Taxonomie) zur Einstufung von Investitionen und Finanzinstrumenten erstellt. Auf Hunderten von Seiten werden all die Finanztitel aufgelistet und mit einer offiziellen Nachhaltigkeitsbewertung versehen. Die Notengebung reicht von gut (Solar, Wind) bis böse (fossil). Daraus folgen Bestrafungen und Belohnungen beim Zins. Die Schweiz macht mit; es ist nun sogar Aufgabe der Finanzmarktaufsicht Finma, die Klimarisiken in den Bilanzen der Firmen zu beurteilen, zu überwachen und zu regulieren. Anbindung ans Uno-Kartell.

Viele Investoren, so Vahrenholt, richteten sich ebenfalls auf diese Linie aus, das erzeuge Druck auf die Rohstoffkonzerne, sich vom Kohlegeschäft zu distanzieren. Und Shell habe für die Exploration eines neuen Gasfelds von der britischen Regierung keine Genehmigung erhalten, weil das nicht in die Klimapolitik passe. So bewegten sich die privaten Energieunternehmen in die klimapolitisch erwünschte Richtung, weg von den Fossilen, die nun vernachlässigt würden. **«All das bedeutet, dass wir in eine richtig schwere globale Versorgungskrise hineinlaufen», sagt Vahrenholt.** Klar, staatliche Anbieter am Erdölmarkt aus Arabien, China, Russland würden noch investieren, der Rest aber nicht mehr.

Die Klimapolitiker wollen nicht, dass der Markt spielt. Also nicht: neue Energien entstehen lassen, die den alten überlegen sind und sie verdrängen, sondern: die Klimapolitik unter dem Motto «Paris» darauf fixieren, das immense fossile Angebot kaputtzumachen, die traditionellen Energieformen zu blockieren. Daneben belässt man es bei der Hoffnung, dass irgendwann Solar und Wind stark werden mögen – der Ausgang ist völlig ungewiss.

## **Auch Nahrungsmittel werden teurer**

Schaut man auf das Gesamtbild, stellt man fest: **Das ist ein Irrsinn, den man «Operation Blackout» nennen kann.** Die Grafik rechts oben zeigt den Verbrauch der verschiedenen Energieformen in den letzten 25 Jahren. Erdöl (unterster Streifen) deckt rund einen Drittel der weltweiten Nachfrage, Erdgas (Streifen darüber) etwa ein Viertel. Energie aus Kohle (darüber) macht etwas mehr als ein Viertel aus; die fossilen Formen sind also für etwa neun Zehntel der Weltversorgung verantwortlich. Daneben spielen Kernenergie und Wasserkraft eine gewisse Rolle, und nur der alleroberste dünne Streifen in der Grafik zeigt den Anteil der neuen Energieformen wie Solar, Wind und Biomasse. Diese 5 Prozent sollen, so die Vorstellungen des Klimakartells, innerhalb einer Generation zu 90 Prozent werden: vom dünnen Rinnsal zum reissenden Strom.

Deutschland und die Schweiz wollen **sogar noch die Kernkraft abschalten** und sich nur noch an den Strohalm Solar/Wind klammern. Jetzt hat der Bund gemerkt, dass **damit die Gefahr von Blackouts massiv erhöht wird**: Im schlimmeren Fall wäre man in der Schweiz ab 2025 pro Jahr fast fünfzig Stunden ohne Strom, im Extremfall 500 Stunden, mit Rationierungen, Winterloch, Betteln um Importe. Unbeirrt war Simonetta Sommaruga in Glasgow für den Ausstieg aus der Kohle, nur das grosse Entwicklungsland Indien hielt an der Konferenz dagegen.

Vahrenholt fügt an, dass mit Blick auf die fossilen Energien ein zentraler Punkt meistens vergessen gehe: **Nahrungsmittelpreise seien an den Ölpreis gekoppelt**. Dünger, Pflanzenschutzmittel, Treibstoffe für Traktoren und Transport, all das beruhe auf Erdöl. Steige der Ölpreis, würden auch die Nahrungsmittel teurer. **«Was die Klimapolitiker in Glasgow taten, ist im Prinzip, dass sie ein Loch in die Suppenteller der Armen in den Entwicklungsländern schlugen.»** Es fange bald an, richtig wehzutun.

)\* *Anmerkung der EIKE-Redaktion* :

Dieser Artikel ist zuerst erschienen in der WELTWOCHEN Zürich : | Die Weltwoche, Nr. 45 (2021)| 18. November 2021 ; EIKE dankt der Redaktion der WELTWOCHEN und dem Autor **Beat Gygi** für die Gestattung der ungekürzten Übernahme des Beitrages, wie schon bei früheren Beiträgen : <http://www.weltwoche.ch/>; *Hervorhebungen und Markierungen v.d. EIKE-Redaktion.*